

# Sport und Politik im geteilten Deutschland

Von Günter Buchstab

Erstmals in der deutschen Geschichte existierten zwischen 1949 und 1990 zwei Staaten ohne ein übergeordnetes Organ, das ihren Zusammenhalt gewährleistet hätte. Deutschland war 1945 eine „Nation ohne Haus“ (Adolf M. Birke) geworden. Die westlich orientierte Bundesrepublik Deutschland erklärte sich zur Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches und sah sich in der Kontinuität von über tausend Jahren deutscher Geschichte mit all ihren positiven und negativen Seiten. Sie bezog die Legitimation, die „alleinige ... staatliche Organisation des deutschen Volkes“ zu sein und für alle Deutschen zu sprechen,<sup>1</sup> aus dem Festhalten am Gesamtstaat, aus der in freien und geheimen Wahlen bekundeten Zustimmung der Bevölkerung zum demokratischen Rechtsstaat bei fester Verankerung in den freien Westen wie auch aus der Abwehr totalitärer Gefahren aus dem kommunistischen Osten.

Die DDR brach bewusst aus den als „feudalistisch-kapitalistisch“ diffamierten Traditionen des Reichs aus. Ihr Maß wurde der Sozialismus als ein qualitativ neues „fortschrittliches“ Zeitalter der Menschheitsgeschichte. Als erster „Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ begründete sie ihre Existenz aus den Zielen der marxistisch-leninistischen Ideologie; die zweite deutsche Diktatur (Karl-Dietrich Bracher) bezeichnete sich in ihrer Verfassung seit 1968 als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ (Art. 1), ab 1974 sogar nur noch als „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ (Art. 1) unter Aufgabe einer deutschen Staatsangehörigkeit und einer gemeinsamen nationalen Geschichte. Unabhängig von diesem sukzessive veränderten Selbstverständnis war es das Bestreben der DDR, als eigenständiger Staat die volle Anerkennung und Gleichberechtigung in der internationalen Staatenwelt zu erlangen, wenn nicht ein einheitliches Deutschland im SED-Verständnis und die Übertragung des „antifaschistisch-demokratischen“ Modells auf die Bundesrepublik zu erreichen war.<sup>2</sup>

Schon in den ersten Nachkriegsjahren hatte die Entzweiung der alliierten Siegermächte die Weichen in Richtung Teilung gestellt und im Ergebnis 1949 zur Gründung der beiden Staaten auf deutschem Boden geführt. Die schritt-

---

1 Vgl. Regierungserklärung Konrad Adenauers vom 21. Oktober 1949. *Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages* (Sten. Ber.), 1. WP, S. 307–309.

2 Vgl. Michael LEMKE, *Die DDR und die deutsche Frage 1949–1955*, in: Wilfried LOTH (Hg.), *Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit*, Berlin 1994, S. 152 f., 166.

weise Erlangung von Souveränität bis Mitte der 50er Jahre festigte eine jeweils eigene Staatspersönlichkeit. Doch fand nur die Bundesrepublik internationale Anerkennung, und sie vermochte bis in die 60er Jahre mit ihrer Strategie der sog. Hallsteindoktrin eine völkerrechtliche Aufwertung der DDR und damit die Anerkennung der Zweistaatlichkeit zu verhindern.<sup>3</sup> Den Durchbruch erreichte die DDR erst nach dem beginnenden Ost-West-Dialog 1969 mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kambodscha und zu Ägypten sowie anderen arabischen Staaten. 1971, im Jahr des Berlin-Abkommens und ein Jahr vor Abschluss des „Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“, der der DDR die Respektierung ihrer Staatlichkeit durch die Bundesrepublik und die internationale Gleichberechtigung einbrachte, unterhielt sie volle diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene zu allen 13 sozialistischen Staaten des Warschauer Pakts und zu 16 nichtsozialistischen Staaten, zu einer Reihe anderer auf der Ebene von Konsulaten, Handelsmissionen und ähnlichen Vertretungen. In einigen Unterorganisationen der UN (z. B. UNESCO, ECE, ILO), in zahlreichen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie in fast allen internationalen Sportorganisationen<sup>4</sup> war die DDR hingegen bereits vorher Mitglied geworden und hatte so den Weg zur allgemeinen Anerkennung vorbereitet. Trotz dieser Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland waren sie füreinander nicht Ausland. Das Beharren auf einer einheitlichen Staatsbürgerschaft und das 1970 im „Brief zur deutschen Einheit“ formulierte Ziel der Bundesrepublik, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“<sup>5</sup>, hielten die Option für Deutschland als Ganzes aufrecht und bildeten wenigstens eine fiktive Klammer.

Während der Zeit des Kalten Krieges und der Eiszeit zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten war der Sport ein Bereich (von den Kirchen abgesehen), durch den jenseits der völkerrechtlichen Problematik eine gesamtdeutsche Option nicht nur Fiktion zu bleiben schien. Allerdings nutzte die DDR-Führung den Sport keinesfalls dazu, den Zusammenhalt zu festigen und zu pflegen. Sie sah darin vielmehr die Möglichkeit, ihre politischen Konzeptionen und ihren Anspruch auf Anerkennung als vollwertiges Mitglied der Staatengemeinschaft sukzessive durchzusetzen. Für sie war der Sport „nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck“, wie Erich Honecker schon 1948

---

3 Vgl. dazu neuerdings Werner KILIAN, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Weg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien*, Berlin 2001, S. 251–274.

4 Vgl. Gunter HOLZWEISSIG, *Diplomatie im Trainingsanzug. Sport als politisches Instrument der DDR*, Wien 1981, S. 191–196.

5 Bulletin vom 12. August 1970, S. 1058.

auf der konstituierenden Sitzung des Deutschen Sportausschusses verkündete. Der Sport diene als Mittel, um gegenüber der eigenen Bevölkerung wie der Weltöffentlichkeit das staatliche und nationale Legitimationsdefizit abzubauen, Eigenständigkeit und Stärke zu beweisen und auf diesem Wege die spätestens seit 1955 offiziell formulierte Zweistaatentheorie zu untermauern. Für die SED bildeten „Sport und Politik eine Einheit“<sup>6</sup>. Demnach war für sie „die Theorie des ‚unpolitischen Sports‘ ... die größte Zweckklüge der modernen Sportgeschichte“<sup>7</sup>.

Die Bundesrepublik, ihre Regierungen, Parteien und Parlamente kannten hingegen keine dezidierte Sportpolitik. Der organisierte Sport wahrte bewusst Distanz zur Politik, um nicht in die Gefahr einer Abhängigkeit vom Staat zu geraten oder politisch bevormundet zu werden. Gleichwohl wies Willi Daume, der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB) schon 1951 dem Sport eine staatstragende Rolle zu: „Er ist nicht Selbstzweck. Er tut schlichten Dienst am Vaterland.“<sup>8</sup> Der Sport als ein Stück innerdeutscher Verklammerung war insofern durchaus „politisch“, fand allerdings in dieser Funktion lange Zeit nur nachrangiges Interesse bei der bundesdeutschen Regierung und den Parteien – anders als etwa der innerdeutsche Handel. Im Kabinett war er kein Thema, wie die bisher edierten Protokolle ausweisen; allerdings wurden die Spitzenverbände von den Politikern durchaus für den Erhalt des Alleinvertretungsanspruchs und gegen die Zweistaatentheorie in Anspruch genommen. Symptomatisch für diese Haltung war die Erklärung des Bundesinnenministers in der Auseinandersetzung um Flagge und Hymne der DDR: „Die Bundesregierung erwartet, dass sich die deutschen Sportler in dem Konflikt, in den sie geraten sind, für ihre staatsbürgerlichen Pflichten entscheiden werden.“<sup>9</sup> Den Sportlern und ihren Verbänden war damit eine politische Verantwortung zugewiesen, der sie nicht gerecht werden konnten. Die westdeutsche Sportführung, die im Prinzip vom Primat eines unpolitischen Sports ausging, hatte aufgrund ihrer Politikferne und angesichts der immer deutlicher werdenden DDR-Strategie, den Sport für ihre politische Ziele zu instrumentalisieren, zunehmend Mühe, den gesamtdeutschen Sport im Sinne des Verfassungsauftrags zu pflegen und aufrechtzuerhalten. Dennoch blieb das politische Gewicht des DSB in der Bundesrepublik von geringer Bedeutung; sein Verhältnis zur

---

6 *Sozialistische Sportbewegung*, 11/1960.

7 *Theorie und Praxis der Körperkultur*, H. 6/1958.

8 Zit. nach Ulrich PABST, *Sport – Medium der Politik? Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und die innerdeutschen Sportbeziehungen bis 1961*, Berlin 1980, S. 120.

9 Zit. nach „Bonner Rundschau“ vom 15. März 1963. Vgl. dazu auch Adenauer in einem Gespräch mit Sportjournalisten am 7. Juni 1961: „Die deutschen Sportler sind in erster Linie Deutsche und in zweiter Linie Sportler“ in: *Teegespräche 1959–1961*, hg. von Rudolf MORSEY und Hans-Peter SCHWARZ, Berlin 1988, S. 516.

Sportführung der DDR war von Anfang bis zum Zusammenbruch der DDR politisch brisant.

Mit Zielstrebigkeit und Härte setzte die DDR-Führung die Massenwirksamkeit des internationalen Sports auf ihrem Weg zur völkerrechtlichen Anerkennung ein. Dieser Weg war deshalb so erfolgversprechend, weil es bei Turnieren, Europa- und Weltmeisterschaften und den Olympischen Spielen zunächst nicht um die Staatsqualität der DDR ging, sondern vordergründig nur um den sportlichen Wettstreit, der im globalen Rahmen allen Sportverbänden offen stand, Ausschlusskriterien nicht vorsah und im übrigen von Millionen von Zuhörern am Rundfunk- und später Zuschauern am Fernsehgerät verfolgt wurde. Ihr besonders Augenmerk richtete die DDR auf die Olympischen Spiele, deren weltweite Popularität als Plattform für Agitation und Propaganda wie auch als Arena im Wettkampf um das bessere System besonders geeignet schien. Kurzzeitige Rückschläge nahm die SED auf diesem Weg in Kauf, um dann mit weiteren Schritten und neu aufgeworfenen Problemen das IOC in den deutschen Zwiſt hineinzuziehen, es allmählich der dauernden „querelles allemandes“ überdrüssig werden zu lassen und schließlich ihre Vorstellung von der Existenz zweier deutscher Staaten im internationalen Bewusstsein zu verankern. Die Anerkennung der DDR müsse von der Bevölkerung in den Zielländern ausgehen, und „wir müssen das fördern“, so die Strategie der SED.<sup>10</sup>

1949 wurde das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) in Bonn gegründet, 1951 das Nationale Olympische Komitee der DDR. Zwar sollte es den Zusammenschluss mit dem NOK der Bundesrepublik anstreben, brachte aber nur den Anspruch auf Eigenständigkeit und Gleichwertigkeit der beiden Verbände sichtbar zum Ausdruck.<sup>11</sup> Während das bundesrepublikanische NOK 1950 unter dem Namen „Bundesrepublik Westdeutschland“ provisorisch und bei der 45. IOC-Session in Wien einstimmig als vollberechtigtes Mitglied am 6. Mai 1951 im IOC Aufnahme fand, wurde der Antrag des NOK der DDR auf Mitgliedschaft mit dem Hinweis abgelehnt, dass nicht zwei NOK aus einem Land anerkannt werden könnten. (Allerdings war auf französisches Drängen bereits 1950 als erstes NOK das des Saarlandes anerkannt worden, das mit einer eigenen Mannschaft an den Spielen 1952 teilnahm. Nach der Volksabstimmung 1955 löste sich das Saar-NOK auf.) Noch traf das Anerkennungsbestreben der DDR auf Widerstand. An beide deutschen NOK erging

---

<sup>10</sup> Besprechungen mit den Leitern der Auslandsvertretungen vom 5. April 1956; Polit. Archiv des AA, Bestand MfAA, A 15470 Bl. 11, 233. Zit. nach Michael LEMKE, *Die Außenbeziehungen der DDR (1949–1966)*, in: Ulrich PFEIL (Hg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001 S. 68–80, hier S. 73.

<sup>11</sup> Vgl. Walter SCHULZ, *Die Stellung der Kultur- und Sportpolitik im System der auswärtigen Politik der DDR und ihre Bedeutung für das Staatsbewusstsein der DDR-Bevölkerung*, Diss. Bonn 1978, S. 131.

allerdings der Auftrag, gemeinsame Mannschaften für die Olympischen Spiele und gegebenenfalls ein gemeinsames NOK zu gründen. Ein derartiges Ansinnen traf bei der DDR-Führung auf taube Ohren. Es scheiterte auch an der Haltung der bundesrepublikanischen Sportvertreter, die die Ansicht vertraten, mit politikhörigen Sportfunktionären kein gemeinsames Komitee bilden zu können.

Immerhin kam es zu einer Vereinbarung über die Entsendung einer gesamtdeutschen Mannschaft zu den Spielen in Oslo und Helsinki 1952 unter der verantwortlichen Leitung des bundesrepublikanischen NOK, was faktisch eine Eingliederung des DDR-NOK bedeutete. Die DDR-Vertreter hatten zugestimmt in der Meinung, die ganze Frage werde in Helsinki im Sinne der DDR wieder aufgegriffen, was aber so nicht vorgesehen war. Die Abmachung wurde am 22. Mai 1951 in Lausanne vom damaligen Vizepräsidenten des IOC, Avery Brundage, dem Präsidenten des NOK der Bundesrepublik, Karl Ritter von Halt, und dem Vertreter des NOK der DDR, Kurt Edel, unterzeichnet. Doch schon unmittelbar nach Rückkehr der DDR-Unterhändler nach Ost-Berlin war das Vereinbarte bereits Makulatur. Das Sekretariat des ZK der SED unter Vorsitz von Walter Ulbricht verwarf die Abmachung als unannehmbar, weil weder das NOK der DDR anerkannt noch eine gesicherte Repräsentanz in der Führung der gemeinsamen Mannschaft durchgesetzt war. Er zog die Unterschriften zurück und entthob die DDR-Unterhändler ihrer Posten.<sup>12</sup> Vermittlungsversuche des IOC schlugen im Februar 1952 in Kopenhagen fehl, da die angereiste DDR-Delegation nicht rechtzeitig bei den Verhandlungen erschien. Die mitteldeutschen Sportler waren damit von den Spielen 1952 durch ihre Staatsführung und ihre eigene Leitung, die sich als politischer Erfüllungsgehilfe der SED verstand, ausgeschlossen worden. Die Brüskierung des IOC durch Ulbricht, der in einer Note die gleichberechtigte Anerkennung des NOK der DDR verlangte, führte dazu, dass der IOC-Präsident Sigfrid Edstroem sich schließlich weigerte, nochmals mit DDR-Vertretern zu verhandeln.

Der zweite, 1954 eingeleitete Versuch, die Anerkennung des Ost-NOK durchzusetzen, war schon erfolgreicher. 1955 wurde es auf der Pariser Tagung als provisorisches Mitglied aufgenommen, allerdings mit der Maßgabe, für die Spiele 1956 gemeinsam mit dem bundesrepublikanischen NOK eine gesamtdeutsche Mannschaft zu bilden. 1956, 1960 und 1964 traten Sportler aus beiden deutschen Staaten in einer Mannschaft auf, in der jedoch wegen der ständigen politischen Auseinandersetzungen und der umstrittenen Ausscheidungsmodalitäten von Teamgeist wenig zu spüren war. Für Ulbricht bedeutete die provisorische Mitgliedschaft allenfalls das Erreichen eines Etappenziels.

---

12 Karlheinz GIESELER, *Sport als Mittel der Politik. Die Sportbeziehungen im gespaltenen Deutschland*, Mainz 1968, S. 34 f.

Mit großer Beharrlichkeit wurde der Weg zur vollständigen Anerkennung in den internationalen Sportverbänden weiterverfolgt.

Bis 1962 waren die Sportverbände der DDR in 42 von 44 internationalen Verbänden als gleichberechtigte Mitglieder aufgenommen. Nachdem der DDR-Sport in kleinen Schritten erste Ansätze zur internationalen Anerkennung gefunden hatte, sollte bei den folgenden Olympischen Spielen endgültig seine Eigenständigkeit und damit die staatliche Souveränität der DDR vor aller Welt dokumentiert werden. Mittel zum Zweck waren die DDR-Staatsymbole. Die Verordnung vom 1. Oktober 1959, wonach bei allen internationalen Sportveranstaltungen mit Beteiligung von DDR-Sportlern die DDR-Fahne mit Hammer und Zirkel im Ährenkranz zu hissen sei, schuf neuen Zündstoff. Sie war ein erfolgversprechender Versuch von DDR-Regierung und -Sportführung, den zeremoniell- und prestigeträchtigen internationalen Sportverkehr zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen zu nutzen. Eine entscheidende Rolle dabei spielte Manfred Ewald, seit 1961 Präsident des 1957 gegründeten Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) und gleichzeitig Mitglied des ZK der SED sowie Abgeordneter der Volkskammer, der schon am 24. September 1959 erklärt hatte: „Wir kennen kein Deutschland mehr! Unsere Realität sind zwei deutsche Staaten und Siege für die DDR.“<sup>13</sup> Die Bundesregierung erließ am 4. November 1959 schnell eine Richtlinie, wonach das Hiszen der DDR-Fahne eine Störung der öffentlichen Ordnung bedeute.<sup>14</sup> Die „Spalterflagge“ wurde damit aber nicht verboten, sondern allenfalls als Störfaktor eingeschätzt, was nur zu Irritationen führte und die Lage keineswegs klärte.

Bereits vor den Spielen in Melbourne 1956 hatte die Frage der staatlichen Symbole zu quälenden Auseinandersetzungen zwischen der DDR und den Sportverbänden der Bundesrepublik geführt. Im Streit um die Hymne einigte man sich als Kompromiss auf Beethovens Hymne „An die Freude“. Vor den Olympischen Spielen in Rom und Squaw Valley 1960 warf die DDR dann aber auch die Frage der Flagge sowie der Kleidung mit eigenen Wappen auf. Bundesdeutsche Missionen und ausländische Botschaften wandten sich an die Bundesregierung um Rat, wie auf die Forderungen und das Auftreten der DDR-Sportler mit ihren Emblemen auf internationalen Sportveranstaltungen zu reagieren sei. Damit waren die Bundesregierung und die sie tragenden Unionsparteien, die sich bis dahin weitestgehend aus dem Sport herausgehalten hatten, offiziell mit den weitreichenden politischen Konsequenzen der DDR-Sportpolitik konfrontiert, auch wenn verschiedentlich schon in früheren Jahren – etwa durch Visa-Verweigerungen für osteuropäische Sportler – der „Absicht einer kommunistischen Infiltration über den Sport“ entgegengetreten

---

<sup>13</sup> Zit. nach Bulletin vom 15. September 1961.

<sup>14</sup> Bulletin vom 17. Dezember 1959.

worden war.<sup>15</sup> Wie brisant die DDR-Maßnahmen für die Deutschlandpolitik der Regierung eingeschätzt wurden, machte Bundesaußenminister Heinrich von Brentano am 25. November 1959 vor dem CDU-Bundesvorstand deutlich: „Das Dulden dieser Fahne aus irgendeinem Vorwand öffnet diesem Emblem im Ausland endgültig Tür und Tor, und damit wäre ein weiterer Schritt zur Anerkennung der DDR als eigener und souveräner Staat gegeben. Denn in der Konsequenz dieser Haltung verliert unsere Haltung bezüglich der Wiedervereinigung in der ganzen Welt ihre Glaubwürdigkeit.“<sup>16</sup> Bundeskanzler Adenauer befürchtete ein nachlassendes internationales Interesse an der deutschen Frage, wenn die DDR auf diese Weise aufgewertet und der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik unterlaufen werde. Zu einer generellen Regelung oder einem Verbot kam es aber nicht, vielmehr sollten die Embleme, wenn das Zeigen schon nicht zu vermeiden war, einfach „übersehen“ werden<sup>17</sup>.

Neben diesen allgemein-politischen Fragen ging es auch darum, ob der Präsident des IOC mit seinem Kompromissvorschlag, die deutsche Fahne mit den olympischen Ringen zu versehen, in eigener Machtvollkommenheit eine Änderung der Nationalflagge vornehmen dürfe – eine Frage, die die Souveränität der Bundesrepublik berührte. Der Vorschlag war von Willi Daume bei Verhandlungen mit Ewald über die gesamtdeutsche Mannschaft ins Spiel gebracht und vom IOC aufgegriffen worden. Zwar war die Antwort des CDU-Vorstands wie auch der Bundesregierung (am 20. November 1959) eindeutig: Der Kompromissvorschlag Brundages wurde verworfen. Die Sportfunktionäre wurden sogar gedrängt, den gesamtdeutschen Sportverkehr aufzugeben und – wenn nötig – auch auf eine gemeinsame Olympiamannschaft zu verzichten.

Doch hatte bereits vor der amtlichen Stellungnahme der Präsident des DSB, Willi Daume, wie auch der Präsident des NOK, Ritter von Halt, diesem Vorschlag zugestimmt und damit gegen die Bundesregierung und für die Unabhängigkeit des NOK von politischer Intervention entschieden. Nach wie vor vertraten die Sportfunktionäre die Ansicht, internationale Sportveranstaltungen trügen privaten Charakter<sup>18</sup> und sportliche Kontakte und das Aufrechterhalten menschlicher Gemeinsamkeiten hätten Vorrang vor übergeordneten politischen Absichten. Immerhin verkannte die bundesdeutsche Sportführung nicht – und dies zeigt die Ambivalenz ihrer Haltung –, dass sie „sich ... in

---

15 So Bundesinnenminister Gerhard Schröder vor dem Bundestag am 20. Januar 1956 – Sten.Ber. 2. WP, S. 6558.

16 Adenauer: „...um den Frieden zu gewinnen“. *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, bearb. von Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1994, S. 560.

17 Vgl. die Dokumentation des DSB-Generalsekretärs Karlheinz Gieseler in AA-Akte IV 5, Bd. 1618, S. 24, sowie Vermerk von Staatssekretär Rolf Lahr vom 5. Oktober 1966 ebd.

18 „Die Welt“ / FAZ vom 6. August 1960.

den Freiheitskampf für die westliche Demokratie einordnen“ müsse<sup>19</sup>, was vor allem durch den innerdeutschen Sportverkehr geschehen sollte, wo auf unterster Ebene die Idee der Wiedervereinigung wachgehalten werden könne. Auch die DDR-Führung hatte diesem Kompromiss nach anfänglicher Ablehnung zugestimmt, weil sie nach den Erfahrungen der letzten Jahre zur Einsicht gelangt war, nicht mit einer Politik des Alles-oder-Nichts Fortschritte auf ihrem Weg zur weltweiten Anerkennung erzielen zu können, sondern nur mit einer Politik der kleinen Schritte. Sie setzte darauf, dass nicht sie, sondern die Bundesregierung mit ihrer Ablehnung der Olympiafahne als internationaler Störenfried empfunden werden würde und lenkte deshalb vorerst ein.

Einer vergleichbaren Strategie begegnet man auf der Ebene der innerdeutschen Sportbeziehungen: So gab der DTSB auch der Forderung des DSB vom 15. Oktober 1960 zunächst nach, im innerdeutschen Sportverkehr auf das Staatselement der DDR zu verzichten und lediglich Klubabzeichen zu tragen. Doch war dieses Einlenken nur von kurzer Dauer. Allein 97 Sportveranstaltungen mussten in der zweiten Jahreshälfte 1960 wegen der Emblemforderung ausfallen.<sup>20</sup> Tatsächlich hatten bis zum 13. August 1961 die innerdeutschen Sportbegegnungen eine aufsteigende Tendenz gezeigt:

1958: 396 Treffen mit 7.356 Teilnehmern  
 1959: 624 Treffen mit 11.393 Teilnehmern  
 1960: 683 Treffen mit 13.294 Teilnehmern  
 1961: 783 Treffen mit 14.838 Teilnehmern.

Im Februar 1961 befasste sich auch die Konferenz der Innenminister – zum wiederholten Male – mit der Frage der Embleme, nachdem das SED-Regime auf seiner Anordnung bestand, und sprach ein Verbot aus, die „Spalterflagge“ in der Bundesrepublik zu benutzen. Im März 1961 beurteilte der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofs den DTSB sogar als eine verfassungsfeindliche Organisation, was zwar nicht sanktioniert wurde, aber schon vor dem Bau der Berliner Mauer zu einem erheblichen Rückgang von West-Reisen der DDR-Sportler führte.

Die sich zuspitzende politische Entwicklung in der von Chruschtschow 1958 provozierten Berlin-Krise, die mit dem 13. August 1961 ihren Höhepunkt fand, beendete endgültig die Illusion, Sport und Politik auseinanderhalten zu können. Am 16. August brachen das NOK und der DSB den innerdeutschen Sportverkehr zunächst ab. Nach dem Mauerbau war NOK und DSB klar, dass Sportbeziehungen mit freiem Meinungs-austausch nicht mehr möglich waren,

---

<sup>19</sup> So Daume an Bundesinnenminister Gerhard Schröder am 26. Januar 1956 – zit. nach PABST (wie Anm. 8), S. 218.

<sup>20</sup> Bulletin vom 10. August 1961.

sondern die Begegnungen nur noch „jenen Bewohnern der Sowjetzone möglich gewesen wäre, die als absolut zuverlässig gelten konnten“<sup>21</sup>. Mit den „Düsseldorfer Beschlüssen“ und der Aufkündigung des Sportverkehrs, die die Bundesregierung immer wieder angemahnt hatte, zog der bundesdeutsche Sport die Konsequenz und verabschiedete sich von seiner bislang in den Sportbeziehungen zur DDR vertretenen Haltung eines unpolitischen Sports, zumal die DDR nun im Einklang mit der sowjetischen Drei-Staaten-Theorie ein drittes NOK für West-Berlin forderte. Vom 1. Januar 1966, also nach Wiederaufnahme der Beziehungen, bis Ende 1970 gab es nur noch insgesamt 292 innerdeutsche Sportbegegnungen mit 4.965 Teilnehmern.<sup>22</sup>

Nicht nur im nationalen Rahmen und auf der Ebene der olympischen Bewegung ergaben sich aus der spezifisch deutschen Situation Probleme im Sportverkehr. So verweigerten verschiedene NATO-Staaten in den 50er Jahren Sportmannschaften aus dem Ostblock die Einreise, wenn deren Mitglieder kommunistischen Parteien angehörten. Die größten Schwierigkeiten aber schufen die DDR-Symbole – Becher-Hymne, die Flagge mit Hammer und Sichel im Ährenkranz und das rote DTSB-Emblem – bei internationalen Sportveranstaltungen, bei Turnieren, Europa- und Weltmeisterschaften oder bei Olympischen Spielen.<sup>23</sup> Je mehr der DDR-Sport dabei seinen Leistungsstandard dokumentierte und Medaillenträger stellte, desto schwieriger wurde es für den bundesdeutschen Sport, gegen das DDR-Protokoll und seine allgemeine Anerkennung zu intervenieren. Auch die bundesdeutsche Politik tat sich zunehmend schwer, das Problem zu ignorieren und die Politik der Ausgrenzung der DDR weiterzuverfolgen.

Die Bundesregierung hatte die Bedeutung des Sports in der langfristig angelegten DDR-Strategie zur internationalen Anerkennung lange Zeit unterschätzt. Dabei hatte Daume schon 1956 vor der „sehr gefährlichen Entwicklung“ gewarnt, die sich durch den Leistungsboom des DDR-Sports anbahnte, der allmählich die sportliche Gesamtvertretung Deutschlands in der Welt übernehmen könne.<sup>24</sup> Erst die Auseinandersetzung um die Olympiaflagge öffnete der Regierung die Augen und führte zur Intensivierung der Kontakte mit den Sportverbänden.<sup>25</sup> Sie reagierte nun endlich auf die Bestrebungen der DDR, über zwei deutsche Olympiamannschaften „ihr politisches Ansehen zu

---

21 UPI vom 17. August 1961.

22 Willi KNECHT, *Die ungleichen Brüder. Fakten, Thesen und Kommentare zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Sportorganisationen DSB und DTSN*, Mainz 1971, S. 12, 15.

23 Vgl. dazu PABST (wie Anm. 8), S. 232–238.

24 PABST (wie Anm. 8), S. 221 f.

25 1959 wurde deshalb im Bundespresseamt ein Sportreferent eingestellt, der mit den Sportverbänden in ganz enger Beziehung stehen sollte. Vgl. *Teegespräche 1959–1961*, S. 521.

mehren“.<sup>26</sup> Erstmals fand am 5. August 1960 ein umfassendes Gespräch mit den führenden Vertretern des DSB (Willi Daume) und des NOK (Ritter von Halt und Georg von Opel) statt, an dem neben Bundeskanzler Adenauer Innenminister Gerhard Schröder, die Staatssekretäre Georg Anders, Hilger van Scherpenberg und Hans Globke teilnahmen und bei dem die hohe Bedeutung und die werbende Wirkung des Sports im Ausland, vor allem in den Entwicklungsländern, zur Sprache kam. Die Politik war – spät – zu der Einsicht gekommen, dass sportliche Erfolge, insbesondere bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen, außenpolitisch zu Buche schlagen und als Aushängeschild und Demonstration für die Leistungsfähigkeit eines Staates angesehen werden. Deshalb erging an das Auswärtige Amt die Anweisung, aus seinem Kulturretat Mittel für Zwecke des Sports einzusetzen. Auch wurde eine finanzielle Unterstützung für den „Goldenen Plan“ der Deutschen Olympischen Gesellschaft in Aussicht gestellt.

Von ganz anderen Voraussetzungen ging die DDR aus, deren Sport am Gängelband der SED gehalten wurde und stets mit der Frage der internationalen Anerkennung des SED-Staates verbunden war. Diesem politischen Ziel diente ein enormer Personal- und Finanzaufwand mit immer perfekteren Organisations-, Trainings- und Dopingmethoden für sportliche Spitzenleistungen. Schon vor dem Mauerbau erlebte der Leistungssport der DDR einen enormen Aufschwung. Mit sportlichen Höchstleistungen sollte „die Überlegenheit unserer Ordnung über das kapitalistische System in Westdeutschland“ demonstriert werden (Beschluss des DTSB vom 5. März 1958). 1960 in Rom war der Anteil von DDR-Sportlern gegenüber den Spielen von Melbourne bereits stark angestiegen. Dieser Aufschwung setzte sich fort, obwohl nach dem 13. August 1961 aus den Sportclubs, den Schwerpunkten der Leistungsförderung, alle Spitzensportler entfernt wurden, deren politischer Standort nicht eindeutig war oder die verwandtschaftliche Beziehungen in die Bundesrepublik besaßen. Innerhalb Jahresfrist wurden 25 Spitzenathleten aus dem Sportclub Wissenschaft der Deutschen Hochschule für Körperkultur (gegr. am 22. Oktober 1950) ausgeschlossen.<sup>27</sup>

Ungeachtet des nach dem Mauerbau unterbrochenen gesamtdeutschen Sportverkehrs wurde dennoch auf der olympischen Ebene an der Idee einer deutschen Vertretung festgehalten und für Tokio 1964 eine gemeinsame Mannschaft nach vorhergehenden Verhandlungen der beiden NOKs vorbereitet, zumal die nationalen Sportverbände der westlichen Länder, die internationalen Föderationen und das IOC die im September 1961 beschlossenen Sanktionen des NATO-Rats (Einreiseverbot für DDR-Sportler in NATO-

---

<sup>26</sup> Bulletin vom 2. August 1960.

<sup>27</sup> Vgl. KNECHT (wie Anm. 22), S. 14 f.

Länder) wegen der Störung des weltweiten Sportverkehrs einhellig ablehnten. Deutschlandpolitische Gesichtspunkte zählten nicht. Trotz des durch den Mauerbau bedingten Aderlasses der DDR-Athleten übertraf 1964 in Tokio ihre Zahl die der Bundesrepublik, so dass die DDR den Chef de Mission stellen konnte. Hinter den USA und der UdSSR erreichte die DDR-Mannschaft den dritten Rang der inoffiziellen Länderwertung. Unbeeindruckt von dieser Verschiebung des Kräfteverhältnisses und trotz seiner eigenen Erkenntnis von der politischen Zielsetzung des DDR-Sports beharrte Willi Daume 1964 nach den Spielen in Tokio auf seiner Linie, denn „das Festhalten an der Gemeinsamkeit hat nicht nur menschliche, sondern auch sportliche Gründe“<sup>28</sup>. Ein Halten gab es nun aber nicht mehr.

Den sportlichen Erfolgen der DDR und ihrer Repräsentation in fast allen Weltverbänden des Sports konnte sich das IOC auf Dauer nicht verschließen. Außerdem hatten die IOC-Mitglieder genug von der andauernden Blockade ihrer Sitzungen durch die zunehmende Problematik der deutschen Frage. Der IOC-Vizepräsident, der Brite Baron Burghley 6. Marquess of Exeter, der lange für gesamtdeutsche Mannschaften eingetreten war, brachte die Meinung des Gremiums auf den Punkt: „Das IOC ist nicht dazu da, die politischen Probleme der Deutschen zu lösen.“<sup>29</sup> Möglicherweise war seine persönliche Haltung auch nicht unbeeinflusst geblieben von der Politik einer schleichenden De-facto-Anerkennung durch Großbritannien, das im Verlauf der 50er Jahre die Handelsbeziehungen zur DDR stetig ausgebaut und dessen Premier Macmillan überhaupt kein Interesse an der deutschen Wiedervereinigung hatte. Auch der Amerikaner Brundage hatte seine ursprünglich ablehnende Haltung gegenüber der DDR revidiert. Bei einem Besuch des Turn- und Sportfests in Leipzig stellte er 1969 fest: „Die Entwicklung in der DDR und die starke Unterstützung, die dem Sport von der Regierung gewährt wird, sind geeignet, ein sehr gutes Beispiel für viele andere Länder zu geben.“<sup>30</sup> Die Anerkennung der DDR als eigenständiges Mitglied erfolgte auf der 63. IOC-Session in Madrid im Oktober 1965. Vergeblich hatte das NOK der Bundesrepublik versucht, unterstützt von der Bundesregierung<sup>31</sup>, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zu erhalten und der DDR auf Dauer nur den Status eines provisorischen Mitglieds zu konzedieren. Daumes Appell, „wenn Sie heute die Mannschaft teilen, kann das als Vorgriff auf eine politische Entscheidung verstanden werden“, beeindruckte die IOC-Mitglieder nicht. Immerhin konnte für

---

28 Zit. nach KNECHT (wie Anm. 22), S. 38.

29 Zit. nach MUNZINGER 2001.

30 Zit. nach Klaus Ullrich HUHNS, *Die DDR bei Olympia 1956–1988*, Berlin 2001, S. 14, der die Entwicklung einseitig aus der SED-Perspektive beleuchtet.

31 Vgl. dazu Runderlass des Staatssekretärs im AA Rolf Lahr vom 21. Juli 1965 – AAPD 1965 Bd. 2, S. 1266 Anm. 17.

1968 in Mexiko noch eine Übergangsregelung vereinbart werden, nach der zwei selbständige deutsche Mannschaften unter denselben Symbolen antreten sollten. Die Bundesregierung und alle Parteien bedauerten diese Entscheidung und wiesen auf die weitreichenden politischen Konsequenzen hin.

Unverkennbar war, dass der Madrider Beschluss von 1965 für die DDR den bislang größten Triumph in ihrem Kampf gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bedeutete. Für sie dokumentierte er in aller Deutlichkeit das Scheitern ihrer Ausgrenzungspolitik gegenüber der DDR. Ihr war es erfolgreich gelungen, mit dem Sport ein wirksames Mittel gegen die Hallstein-Doktrin zu finden: das Universalitätsprinzip des Sports, über dessen Brückenfunktion sie ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen und ihre Isolierung aufzubrechen vermochte. Willy Weyer, stellvertretender Vorsitzender der FDP, stellte 1966 nüchtern fest, dass das Bestreben der DDR „schon zum Ziele geführt habe“, über den Sport ihre „vollgültige Anerkennung ... vor aller Welt“ zu erreichen.<sup>32</sup> Und Herbert Wehner, der „Deutschlandpolitiker mit Leidenschaft“<sup>33</sup>, Gesamtdeutscher Minister in der Großen Koalition und stellvertretender SPD-Vorsitzender, forderte rechtliche Grundlagen zur Ordnung des Verhältnisses zwischen dem staatlichen Rechtsanspruch der Bundesrepublik und den Regeln für den innerdeutschen und internationalen Sportverkehr, um den „Manipulationen der DDR“ zu begegnen.<sup>34</sup> Einen gangbaren Weg, wie dies geschehen könnte, zeigte er allerdings nicht auf. Eine Erklärung, wonach das Zeigen der DDR-Embleme bei Sportveranstaltungen keine völkerrechtliche Relevanz habe, war in den früheren Jahren unterblieben. Sie hätte das Erpressungspotential der DDR möglicherweise reduziert, ihre Aufwertung im Prozess der Anerkennung allerdings auch nicht verhindern können.

Auf der 67. Session des IOC am 12. Oktober 1968 in Mexiko kam die DDR schließlich ans Ziel der vollen Anerkennung und Gleichberechtigung: Mit 44 gegen 4 Stimmen wurde für die Zukunft verbindlich geregelt, die DDR-Mannschaft unter eigener Flagge und Hymne ab den Spielen in Sapporo und München 1972 antreten zu lassen. Mit der Trennung der gesamtdeutschen Mannschaft war die letzte Klammer gelöst, die die beiden Teile Deutschlands bis dahin optisch noch miteinander verbunden hatte. Nach der IOC-Entscheidung beendete die SED-Führung ihren indirekten Konfrontationskurs gegen den Austragungsort München, da die Bundesregierung und das bundesdeutsche NOK den öffentlichen Auftritt einer DDR-Auswahl mit DDR-Hymne und -Flagge hinzunehmen gezwungen waren.<sup>35</sup> Sorgfältig wurden die DDR-Ath-

---

32 dpa vom 31. August 1966.

33 Peter Graf KIELMANSEGG, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 516.

34 SPD-Pressemitteilungen und -Informationen vom 30. Januar 1967.

35 Vgl. dazu AAPD 1968 Dok. 340, S. 1366–1368 sowie Dok. 390, S. 1515–1517.

leten darauf vorbereitet, „dem westdeutschen Imperialismus ... im eigenen Land eine sportliche Niederlage beizubringen“<sup>36</sup>. In einem konsequent vorangetriebenen Prozess hatte die DDR mit ihrer Sportpolitik vorweggenommen, was wenige Jahre später mit der Anerkennung durch den Grundlagenvertrag seinen staatsrechtlichen Abschluss fand. Dazu war der Sport der erste Wegbereiter.

Das Missbehagen der bundesdeutschen Politik an der Entscheidung des IOC war zunächst unverkennbar. Die Bundesregierung unterstrich ihre wiederholt geäußerte Ansicht, „dass der Sport nicht der Politik zu dienen hat“<sup>37</sup>. Doch die Dämme waren gebrochen. Zwar beschloss das Bundeskabinett am 11. Dezember 1968, das Verbot von DDR-Flagge und -Hymne im innerdeutschen Verkehr aufrechtzuerhalten, wollte sich aber zum IOC-Beschluss erst später äußern. Dabei hatte bereits die Mehrheit der Länderinnenminister zu erkennen gegeben, aufgrund des IOC-Beschlusses zukünftig nicht mehr gegen die „Zonen“-Embleme einzuschreiten. Das Bundesinnenministerium legte sich nicht fest, doch ließen seine Sportvertreter erkennen, „sie seien des ewigen Kampfes mit den Sportverbänden, der nach den Beschlüssen von Mexiko noch schwieriger werde, müde“<sup>38</sup>. Die Meinungen in der Union waren geteilt; Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, Staatssekretär Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Generalsekretär Bruno Heck und andere vertraten die Auffassung, die bisherige Haltung sei nicht fortzusetzen. Tatsächlich führte das dilatorische Behandeln keineswegs zu einer Beruhigung der Diskussion, da noch im gleichen Monat führende SPD-Politiker, der Gesamtdeutsche Minister Herbert Wehner und der Parlamentarische Staatssekretär Gerhard Jahn, forderten, die Frage müsse wenn nicht generell entschieden, so doch zumindest überprüft werden. Nachdem sich auch Regierungssprecher Conrad Ahlers (SPD) zu einer „verzerrenden“ Interpretation (Horst Osterheld) des Kabinettsbeschlusses geäußert hatte, war die Entwicklung nicht mehr zu stoppen. Schon vorher hatten SPD und FDP die Entscheidung des IOC zwar mit Bedauern zur Kenntnis genommen, gleichzeitig aber die Meinung vertreten, diese Entscheidung könne für weitere Kontakte der beiden Teile Deutschlands auch von Vorteil sein<sup>39</sup> – eine Vorwegnahme der Deutschland- und Ostpolitik ihrer Koalition nach 1969. Der SPD-Pressedienst vom 2. Dezember 1968 forderte ein Ende des „Trauerspiels“ um „DDR-Embleme und Hymne im Sport“ und die unverzügliche Abgabe einer „Sportregierungserklärung“, um den „Start eines neuen gesamtdeutschen Sportversuchs“ zu ermöglichen. Doch dazu war

---

36 Zit. nach Jochen STAADT, *Die SED und die Olympischen Spiele 1972. Arbeitspapier des Forschungsverbunds SED-Staat* 5/93, S. 6.

37 Zit. nach KNECHT (wie Anm. 22), S. 41.

38 Zit. nach AAPD 1968 Bd. 2, S. 1516 f. Anm. 5.

39 dpa sowie SPD-Fraktion vom 14. Oktober 1968.

es jetzt zu spät. Das Kabinett der Großen Koalition erklärte schließlich am 22. Juli 1969, die „ordnungsgemäß zustande gekommenen Regeln“ zwar nicht behindern zu wollen, ihre Duldung sei aber „ohne Bedeutung für ihre Politik der Nichtanerkennung der DDR“<sup>40</sup>. Der erfolgreichen Strategie der DDR-Führung hatte die Bundesregierung, die – anders als die DDR-Führung – alles andere als geschlossen war, nichts mehr entgegenzusetzen. Wenige Wochen nach Bildung der SPD/FDP-Regierung, im Dezember 1969, empfahl der neugebildete Kabinettsausschuss für innerdeutsche Beziehungen die offizielle Zulassung von Flagge und Hymne der DDR in der Bundesrepublik, was der SPD-Pressedienst vom 10. Dezember 1969 als „Beseitigung eines Tabus“ und einer „unvernünftigen und aus dem Geist des Kalten Krieges geborenen Regelung“ begrüßte. Die dabei ausgesprochene Hoffnung, damit „die Einheit der Nation zu bewahren und ihren inneren Zusammenhalt auch durch das Treffen junger Menschen aus beiden Teilen zu stärken“<sup>41</sup>, war allerdings trügerisch. Denn für die SED waren und blieben die DDR-Sportler „Diplomaten im Trainingsanzug“<sup>42</sup> – ein Titel, der 1955 dem ersten DDR-Sportler in England Siegfried Herrmann vom Briten Baron Burghley 6. Marquess of Exeter zuerkannt worden war („Diplomat der Aschenbahn“) –, „ihre Erfolge dienten der Ehre unserer Republik“<sup>43</sup>. Solange die westlichen Staaten der DDR den diplomatischen Status verwehrten, setzte das SED-Regime seine Sportler als populäre Botschafter ein. Tatsächlich hatten sie mit ihren Erfolgen, mit denen sich die Welt bei den Siegesfeiern an die DDR-Embleme gewöhnte, erheblichen Anteil an der staatlichen Aufwertung der DDR, die im Jahr 1972/73 mit der weltweiten Anerkennungswelle ans Ziel ihrer Wünsche kam.

Wenn denn ein geregeltes Miteinander im Sport zwischen Bundesrepublik und DDR auf Dauer nicht möglich war, so waren und blieben die „ungleichen Brüder“ (Willi Knecht) doch eng aufeinander bezogen. Diente der DDR der bundesdeutsche Sport zur Abgrenzung und eigenen Profilierung, zur Ausbildung eines eigenen Staatsbewusstseins und als Vorbereitung staatlicher Anerkennung, so verdankte der bundesdeutsche Sport dem „Sportwunder DDR“ auf internationalem Parkett die Sicherung seiner materiellen Basis und seine wachsende finanzielle Unterstützung durch staatliche Programme und privates Mäzenatentum. Erst spät hatte die bundesrepublikanische Politik die gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports auch im internationalen Verkehr und die Notwendigkeit einer engen Partnerschaft zwischen Staat und Sport erkannt. Es hatte lange gedauert, bis Politik und Sport im Verhältnis zu den jeweiligen

---

40 AdG 1969, S. 14811 C.

41 Zit. nach „Die Welt“ vom 11. Dezember 1969.

42 Vgl. Walter GLOEDE, *Sport – die unbekannte Größe im politischen Spiel*, München 1980, S. 213.

43 Erich Honecker in „Neues Deutschland“ vom 13. September 1972.

ideologischen Prämissen gesehen wurden. Vermutlich wäre ohne das Beispiel des DDR-Sports die Motivation für den enormen Aufwand bei den Olympischen Spielen in München weit geringer gewesen. Auch die bundesdeutschen Sportfunktionäre, die lange einer Trennung von Sport und Staat/Politik das Wort geredet hatten, konnten sich dem von der DDR ausgehenden politischen Druck und dem sportlichen Vorbildeffekt nicht entziehen.

Die bundesdeutsche Politik reagierte erst spät auf die Herausforderung durch die von der SED konsequent vorangetriebene Entwicklung. Im Grundgesetz sind Sport und Sportorganisation unerwähnt geblieben. Der Bund hat dafür nicht einmal eine Rahmenkompetenz. In den Regierungserklärungen von 1949 bis 1961 blieb der Sport ausgespart. Infolgedessen war der Einfluss der Politik auf den Sport und seine Spitzenorganisationen wie auch umgekehrt eher marginal. Die Sportverbände besaßen – im Gegensatz zur DDR – eine fast völlige Autonomie gegenüber der Politik; das gegenseitige Verhältnis blieb weitgehend undeterminiert. Das Hauptinteresse des Staates richtete sich, nachdem die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften für die Olympischen Spiele 1956 und 1960 sich zu einem politischen Problem entwickelt hatte, mehr und mehr auf die Sportbeziehungen zur DDR bzw. zwischen DSB und DTSB. Nur langsam und stillschweigend bildeten sich Kompetenzen direkter Sportförderung durch den Bund aus. Von 1950 bis 1958 stiegen die Mittel für die Spitzensportförderung von 300.000 auf 2.240.000 DM.

Erst als die Brisanz des deutschen und internationalen Sports zu einem aller Welt offenkundigen Politikum geworden war und die Konflikte zwischen der Sportführung – die nicht immer bereit war, der Deutschlandpolitik und dem Alleinvertretungsanspruch der Regierung zu folgen – und der politischen Führung sich verschärften, kam es zu einem ersten offiziellen Kontakt auf höchster Ebene zwischen DSB und Bundesregierung im Jahr 1960. Eine zukunftsweisende Alternative für den bundesdeutschen Sport, der auf der internationalen Ebene vor einer unlösbaren Aufgabe stand, konnte Adenauer allerdings nicht anbieten. Dies wurde auch bei einem erstmals 1961 geführten Gespräch mit Sportjournalisten deutlich.<sup>44</sup> Er hielt konsequent am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und an der Wiedervereinigung fest.<sup>45</sup> Immerhin war ein Ergebnis dieses Treffens, dass sich der Bund zur Förderung des Breitensports am „Goldenen Plan“ beteiligen wollte; doch erst ab Mitte der 60er Jahre wurde die Finanzierung nennenswert ausgeweitet<sup>46</sup> und die konstruktive Partnerschaft zwischen Staat und Sport maßgeblich befördert, als sich abzeichnete, dass der sportliche Konkurrenzkampf mit der DDR mit den bisherigen Methoden nicht zu bestehen war. Die Folge war eine verstärkte insti-

---

44 *Teegespräche 1959–1961*, S. 516.

45 Vgl. PABST (wie Anm. 8), S. 238.

46 Dazu JÜRGEN PEDERSEN, *Sportpolitik in der BRD*, Lollar 1977, S. 53 ff.

tutionelle Verschränkung von Sport und Staat über die „Stiftung Deutsche Sporthilfe“, die „Deutsche Sportkonferenz“, das „Bundesinstitut für Sportwissenschaft“, den „Bundesausschuss zur Förderung des Leistungssports“ und nicht zuletzt durch die Behandlung des Themas Sport im Deutschen Bundestag und in den Parteien, die die Arbeit ihrer Sportbeiräte intensivierten. In ihren Zielvorstellungen wichen die Parteigremien kaum voneinander ab. Spät war realisiert worden, dass der Sport über die Identifikation mit den Kommunen, dem Land und der Nation einen wesentlichen Beitrag zur Integration des gesellschaftlichen und politischen Systems zu leisten vermag. Ein wesentliches Kriterium für diesen Bewusstseinswandel war die bundesdeutsche Leistungsfähigkeit im Spitzensport, insbesondere der Niederschlag im Medaillenverhältnis der Bundesrepublik zur DDR, d. h. die sportliche Vertretung Deutschlands bei internationalen Wettkämpfen. Eine wichtige Rolle bei der „sportlichen Nachrüstung“<sup>47</sup> spielte nicht nur die Tatsache, dass der bundesdeutsche Spitzensport von dem der DDR eingeholt und überholt wurde, sondern auch das Näherrücken der Olympischen Spiele in München.

Aufgrund dieser Herausforderungen und aus Sorge vor weiteren Prestigeverlusten änderten auch die bundesdeutschen Sportverbände sukzessive ihre lange gepflegte politikferne Haltung und reagierten 1966 mit der Verabschiedung einer „Charta des deutschen Sports“; weitere Sportprogramme folgten, in denen die subsidiäre Partnerschaft zwischen Sport und Politik festgeschrieben wurde. Für Josef Neckermann, Promotor der 1967 gemeinsam von DSB und der Deutschen Olympischen Gesellschaft gegründeten gemeinnützigen Stiftung Deutsche Sporthilfe, war es eine Tatsache, dass „der Hochleistungssport heute ein nationales Aushängeschild ist und dass die Gesellschaft sich im Sport und in ihren Spitzensportlern repräsentiert sieht und sich mit ihnen identifiziert“<sup>48</sup>. Leistungsverbesserungen schienen nur durch verstärkte staatliche Förderung bzw. staatlichen Einfluss auf den Sport möglich zu sein. Dies bedeutete den endgültigen Abschied von der These, der Sport sei unpolitisch, die die bundesdeutschen Sportführer annähernd zwei Jahrzehnte aufrechterhalten hatten. In diesem Sinn meinte Neckermann am 10. Juni 1970 – indirekt auf die Erfolge des DDR-Spitzensports eingehend: „Der Leistungsstandard im deutschen Sport entspricht trotz guter Einzelerfolge noch nicht den hohen Anforderungen, die im harten, internationalen Wettkampf gestellt werden. Auf allen Gebieten des Lebens würde es in unserer vom Leistungsprinzip geprägten

---

47 Die DDR sprach von „Aufrüstung“. Vgl. Sportpolitische Argumentation für die weitere Vorbereitung unser Olympiakader auf die Olympischen Spiele 1972 in Sapporo und München, o.J., S. 8. Druck bei Jochen STAADT (wie Anm. 36).

48 Josef NECKERMAN, *Eine Verpflichtung unserer Gesellschaft*, in: *Stiftung Deutsche Sporthilfe* (hg. von der Deutschen Sporthilfe), o.O. u. o.J., S. 5.

Zeit geradezu grotesk anmuten, wenn ein Talent nicht entwickelt und gefördert würde.“

Auch nachdem die innerdeutschen Sportbeziehungen in der Tendenz rückläufig waren und durch die IOC-Beschlüsse die Möglichkeit hinfällig geworden war, über gesamtdeutsche Mannschaften den Fortbestand des Wiedervereinigungsanspruchs in der Weltoptik zu demonstrieren, blieb doch die gesamtdeutsche Perspektive im Blick. Dafür sprach nicht nur die Aussage von Bundeskanzler Willy Brandt: „Wenn DDR-Sportler siegen, siegen wir ja immer etwas mit.“<sup>49</sup> Auch die Bundesbürger freuten sich über die Erfolge der „Staatsportler von drüben“ und stellten Überlegungen an über die Leistungsstärke einer gesamtdeutschen Mannschaft im Vergleich etwa zu den USA und hielten so das Denken in nationalen Bezügen aufrecht. In diesem Zusammenhang sollten – trotz restriktiver DDR-Maßnahmen<sup>50</sup> – auch die menschlichen Begegnungen, die das Aufeinandertreffen bei Sportveranstaltungen ermöglichten, nicht unterschätzt werden.

Da der DDR als Teil des sowjetischen Imperiums jede nationale und demokratische Legitimation abging, konnte sie nur gestützt auf die Rote Armee existieren und sich in Abgrenzung zur Bundesrepublik Deutschland profilieren. Eines der Mittel dazu war der Sport. Wie gering jedoch die Loyalität der Bevölkerung zum eigenen, ungeliebten Staat war und blieb, zeigen die Fluchtbewegungen bis zum Bau der Mauer 1961, die im Jahr 1989 sofort wieder einsetzten, als sich ein Spalt im Eisernen Vorhang in der Grenze Ungarns öffnete. Stets blieb die Bundesrepublik für die DDR der Magnet, der zumindest partiell eine enorme Anziehungskraft besaß. Aber auch in der Bundesrepublik sind bestimmte Entwicklungen ohne die Konkurrenz und Konfrontation mit der DDR nicht zu verstehen. Der Sport, wo im Wettbewerb der Systeme beiderseits Höchstleistungen angestrebt wurden, ist in dieser symbiotischen Beziehung nur ein Aspekt unter anderen, der zudem weit über den nationalgeschichtlichen Rahmen hinausweist. Er ist aber ein gutes Beispiel für die Verflechtungen, Gemeinsamkeiten, Bindungen und Verbindungen zwischen den Deutschen und ihren beiden Staaten auch über die langen Jahre der Spaltung hinweg. Bundesrepublik Deutschland und DDR blieben in ihrem Gegensatz aufeinander bezogen und miteinander verklammert.

Die Konzeption einer gesamtdeutschen Perspektive für die Nachkriegsgeschichte steht noch aus; sie bedarf der Erforschung zahlreicher Einzelaspekte. Die deutsche zeitgeschichtliche Historiographie steht vor einer besonderen Herausforderung, um – unter Berücksichtigung der prinzipiellen Gegensätze zwischen den beiden Staaten – Wechselwirkungen, Vernetzung und Zusam-

---

49 Zit. nach KNECHT (wie Anm. 22), S. 58.

50 Vgl. STAADT (wie Anm. 36), S. 10 ff.

menhalt der Nation in den Jahren 1945 bis 1989/90 herauszuarbeiten.<sup>51</sup> Für die These von der „Unteilbarkeit der deutschen Nachkriegsgeschichte“ spricht einiges. Daraus jedoch den Schluss abzuleiten, unter Vernachlässigung freiheitlich-demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien „die deutsche Nachkriegsgeschichte nicht pauschal in eine reine Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik und eine ‚Desastergeschichte‘ der DDR zu zerlegen“<sup>52</sup>, sondern die Entwicklung „als einen Versuch von Konfliktregulierung, Schadensbegrenzung und begrenzter Kooperation zu verstehen“, dürfte dieser Herausforderung nur bedingt gerecht werden.

---

51 Vgl. dazu Günter BUCHSTAB, *Vergangene Spaltung – Gespaltene Vergangenheit?* In: *Civitas. Widmungen für Bernhard Vogel zum 60. Geburtstag*, hg. von Peter HAUNGS u.a., Paderborn 1992, S. 381–396; Christoph KLESSMANN, *Der schwierige gesamtdeutsche Umgang mit der DDR-Geschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 30–31/2001, S. 4.

52 So die Meinung von Michael LEMKE, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln 2001, S. 14.